Eine wesentliche Umgestaltung und damit ein Gewässerausbau ist immer dann gegeben, wenn sich eine bauliche Maßnahme auf den Zustand des Gewässers in einer für den Wasserhaushalt (Wasserstand, -abfluss), die Wasserwirtschaft, die Ökologie des Gewässers oder in sonstiger bedeutsamer Weise auswirkt.

Das Ziel der Errichtung des Absperrdammes ist, das Zufließen von behandlungsbedürftigem Haldewasser in die umverlegte Laucha zu verhindern. Weiterhin werden bei Hochwasser Überschwemmungen aus der Laucha in den Altlauf unterbunden. Die primäre Aufgabe des Absperrdammes stellt demzufolge die Schadensverhütung dar. Somit handelt es sich bei dem geplanten Absperrdamm um eine Anlage, die dem Gewässerausbau dient und wird demzufolge innerhalb dieses Planfeststellungsbeschlusses nach § 67 Abs. 2 WHG genehmigt. Aus diesseitiger wasserwirtschaftlicher Sicht sind auch keine weiteren Nebenbestimmungen notwendig, wenn das Vorhaben entsprechend den festgestellten Planunterlagen ausgeführt wird.

Im Ergebnis dieser Betrachtungen ist festzustellen, dass keine explizite wasserrechtliche Genehmigung erforderlich ist. Die Forderung des Landkreises ist zurückzuweisen.

b) Die untere Wasserbehörde verweist auf die Genehmigungspflicht der Straßenbrückenbauwerke sowie der Ausnahme vom Bauen im betroffenen Überschwemmungsgebiet. Dies betreffe auch die Bauwasserhaltung.

Die vorgenannten Genehmigungen wurden mit Stellungnahme der unteren Wasserbehörde vom 27.10.2022 zugearbeitet und vollständig von der Planfeststellungsbehörde in diesen Beschluss (s. Teil A, Kapitel III und IV) übernommen. Damit sind auch die Ausführungen der unteren Wasserbehörde in Bezug auf die zu prüfenden Auswirkungen des Vorhabens auf das betroffene Überschwemmungsgebiet obsolet. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht somit nicht.

c) Bezüglich der mit den Planunterlagen vorgelegten Untersuchung des N-A-Modells stellte die untere Wasserbehörde fest, dass die Abflüsse der Hochhalde in die Laucha erheblich sein können und u. U. nicht mehr zu fassendes Niederschlagswasser auf den Absperrdamm nachteilig wirken könne. Insofern seien die Anforderungen an den Absperrdamm nochmals durch den Vorhabenträger zu prüfen. Dies betreffe auch erhöhte Anforderungen an den Abfluss unter den Brücken im Hochwasserfall.

Der Vorhabenträger prüfte die Angaben erneut und bestätigte die in den Planunterlagen vorgelegten Angaben. Auch der Abfluss unter den Brückenbauwerken sei im Hochwasserfall gesichert.

Dies nahm die untere Wasserbehörde zur Kenntnis und erarbeitete die notwendigen wasserrechtlichen Genehmigungen mit Stellungnahme vom 27.10.2022 (s. Ausführungen zu b)).

Eine weitere Bestätigung des vom Vorhabenträger ausgeführten Sachstandes erfolgte mit Mail vom 28.02.2023 durch die untere Wasserbehörde.

Im Ergebnis dieser Betrachtungen besteht für die Planfeststellungsbehörde weder Handlungs- noch Entscheidungsbedarf.

d) Des Weiteren sei die Thematik des möglichen Aufschwimmens der Gewässersohle nochmals zu prüfen. Dies betreffe nicht nur den Bauzustand sondern auch den nachbauzeitlichen Grundwasserstand.

Der Vorhabenträger stellte nach erneuter Prüfung im Ergebnis fest, dass kein Änderungs- oder Ergänzungsbedarf der Planunterlagen bestehe, was die untere Wasserbehörde in ihren Ausführungen vom 28.02.2023 bestätigte.

Somit besteht kein Entscheidungsbedarf für die Planfeststellungsbehörde.

e) Im Rahmen der Bewertung zum N-A-Modell wurde der Einfluss der Oberflächenabdeckung der Hochhalde untersucht. Daraus sei abzuleiten, dass die Abflüsse der Hochhalde Schkopau einen erheblichen Einfluss auf das Abflussverhalten der Laucha unterhalb der Hochhalde aufweisen könne, insbesondere wenn die Rückhaltung ausgeschöpft sei und der Oberflächenwasserabfluss wirksam werde. Insofern sind durch den Vorhabenträger die Anforderungen an den zum Planfeststellungsverfahren zuzuordnenden Absperrdamm (bauliche Anlage zur Abtrennung des Altlaufes der Laucha) nochmals zu prüfen. Sollten gesonderte Anforderungen zum Schutz der im Gewässerunterlauf zu errichtenden Brücken (EÜ-Laucha bzw. Straßenbrücke bei Elisabethhöhe) oder zur Verhinderung von Scheitelüberlagerungen (Abflüsse Hochhalde und Gewässer) abgeleitet werden, seien diese im weiteren Verfahren im Rahmen des Gewässer- bzw. des Hochwasserschutzes zu thematisieren.

Der Vorhabenträger führte hierzu in seiner Erwiderung vom 20.12.2022 im Wesentlichen aus, dass alle Auswirkungen in den Planunterlagen berücksichtigt worden seien. Erweiterte Anforderungen zum Schutz der im Gewässerunterlauf zu errichtenden Brücken (EÜ-Laucha und Straßenbrücke bei Elisabethhöhe) oder zur Verhinderung von Scheitelüberlagerungen (Abflüsse Hochhalde und Gewässer) könnten nicht abgeleitet werden. Das Absperrbauwerk wurde in der Planung entsprechend dimensioniert und ausgelegt. Die geplante Spundwand selbst sei überströmungssicher. Für den Fall einer Überlastung wurde zur geordneten Wasserabfuhr eine befestigte Überlaufschwelle vorgesehen. Alle Querbauwerke im Unterlauf wurden ebenfalls entsprechend hydraulisch dimensioniert und weisen hohe Reserven hinsichtlich hydraulischer Leistungsfähigkeit / Freibord auf. Der Einfluss auf das Abflussverhalten der Laucha wurde bewertet und als unkritisch angesehen. Dazu heißt es in Band B14 Ergebnisbericht Niederschlags-Abfluss-Modell, Seite 51 bis 52, Zitat:

„Unter Berücksichtigung von Maßnahmen zum Rückhalt des von der Hochhalde abfließenden Niederschlagswassers verändert sich das Abflussverhalten dahingehend, dass sich der auf Basis des z. Z. vorgegebenen Einleitwertes in die Laucha erforderliche Drosselabfluss von $0,505 \text{ m}^3/\text{s}$ mit dem Scheitelabfluss aus dem natürlichen Einzugsgebiet aller Voraussicht nach überlagern wird. D. h., der Gesamtabfluss werde sich um $0,505 \text{ m}^3/\text{s}$ auf $11,805 \text{ m}^3/\text{s}$ erhöhen. Damit werde sich die Hochwassersituation stromunterhalb der Hochhalde Schkopau durch die Einleitungen des Niederschlagswassers von der Hochhalde in Hinblick auf die Verhältnisse bei $HQ_{(\text{EXTREM})}$ nicht verschlechtern. Im Fall des Versagens der Rückhaltungen werde der Abfluss von der Hochhalde Schkopau wesentlich schneller erfolgen als der aus dem natürlichen Einzugsgebiet. Dadurch komme es nicht zu einer Überlagerung der beiden Teilwellen des Gesamtabflusses (natürliches Einzugsgebiet der Laucha, Hochhalde Schkopau) und damit nicht zu einer Erhöhung des Scheitelwertes des Gesamtabflusses über den Wert des natürlichen Einzugsgebietes hinaus.“ Der erwähnte erweiterte Gesamtabfluss war Bestandteil der hydraulischen Nachweisführung und Grundlage für die Planung der Querschnitte und Bauwerke. In einer Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes zu den hydrologischen, gewässerkundlichen Hauptzahlen des Fließgewässers Laucha (SG 5.2.1 Bemessungsgrundlagen) vom 02.06.2022 wurde für den Pegel Schkopau ein unverändertes HQ_{10} mit $5,05 \text{ m}^3/\text{s}$ ermittelt. Damit gilt auch weiterhin der gedrosselte Abfluss der Hochhalde von 505 l/s (10% des HQ_{10}).

Diesen Ausführungen schloss sich die untere Wasserbehörde in ihrer Stellungnahme vom 28.02.2023 an. Weiterer Entscheidungsbedarf durch die Planfeststellungsbehörde besteht somit nicht.

f) Des Weiteren stellt die untere Wasserbehörde fest, dass Genehmigungen für die Gewässerkreuzungen sowie die Genehmigung im festgesetzten Überschwemmungsgebiet „Laucha und Springbach“ für den jeweiligen Ersatzneubau der Brückenbauwerke über die Laucha zu erteilen seien, darunter auch eine Brücke, welche im Zuständigkeitsbereich des Eisenbahnbundesamtes befinde. Ebenso sei die Bauwasserhaltung zu genehmigen.

Mit Stellungnahme vom 27.10.2022 wurden diese Genehmigungen zugearbeitet. Das Eisenbahnbundesamt wurde im Rahmen der Anhörung beteiligt, so auch die zuständige Wasserbehörde der Bahn. Mit den in der Stellungnahme abgegebenen Forderungen und deren Verankerung in diesem Beschluss (s. Teil A, Kapitel III, Pkt. 1-4, Kapitel IV, Pkt. 3, Teil C, Kapitel VI, Pkt. 1 und VII, Pkt. 3) ist die Genehmigung im Rahmen der Konzentrationswirkung dieses Beschlusses erteilt. Hierzu sei auf Punkt 6.1 dieses Kapitels verwiesen.

Somit besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf durch die Planfeststellungsbehörde.

Umweltamt/SG Abfall- und Bodenschutz

a) Aus Sicht der unteren Bodenschutzbehörde fand die Entsiegelung von Flächen nicht ausreichend Berücksichtigung. Es solle geprüft werden, ob an anderer Stelle zusätzliche Kompensationsmaßnahmen möglich seien.

Der Vorhabenträger führt in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 im Wesentlichen aus, dass über das Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt ein Ausgleich der abiotischen Schutzgüter wie Boden bereits über das Biotopwertverfahren ausgeglichen werden könne. In Anwendung dieses Modells gebe es kein Erfordernis für zusätzliche Entsiegelungsmaßnahmen. Im Übrigen würden durch Ausgrabung bei der Neuanlage des Lauchatal 9.186 m² Böden mit besonderen Funktionen in Anspruch genommen. Diese würden durch die anteilige Zuordnung der Ersatzmaßnahme E1 (Schaffung eines Mosaiks aus standortgerechtem Laubwald und Sukzessionsflächen) auf ca. 36.000 m² ausgeglichen (Tabelle 19, S. 76 LBP). Für die Berechnung des Kompensationsbedarfs wurden hilfsweise die „Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE)“ aus dem Land Brandenburg (MLUV 2009) herangezogen. Demnach wird für eine Kompensation durch Entsiegelung der Faktor 2 und für Gehölzpflanzungen der Faktor 4 angesetzt.

Die Inanspruchnahme des Schutzgutes Boden umfasse nach Auffassung der unteren Abfallbehörde nicht allein die Versiegelung von Flächen. Diese sei vorliegend nicht nur mit 669 m² sondern mit 108.000 m² berechnet. Die vollständige Entnahme von 450.000 m³ Boden sei ebenfalls mit dem Verlust der natürlichen Bodenfunktionen verbunden. Neben der dauerhaften Flächeninanspruchnahme werde der Boden auf Baustellenzufahrten und Lagerflächen durch Verdichtung nachteilig verändert. Diese Eingriffsintensität wurde durch den Gutachter selbst als hoch und erheblich nachteilig eingestuft. Um diese Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden auszugleichen, können laut Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt naturschutzfachliche Maßnahmen umgesetzt werden.

Entsiegelungsmaßnahmen wären dennoch für den Boden von größerer und damit auch für die Schutzgüter Flora/Fauna sowie Oberflächen- und Grundwasser von komplexer Bedeutung.

Aus diesem Grund war der Hinweis, verstärkt entsprechende Entsiegelungsmaßnahmen zu prüfen, aus bodenschutzrechtlicher Sicht zwingend.

Im Ergebnis dieser Betrachtungen ist festzuhalten, dass eine erneute Überprüfung der Versiegelungsflächen durch den Vorhabenträger gemäß Aufforderung durch die untere Abfallbehörde erfolgte. Der geplante Ausgleich der entsiegelten Flächen in den Planunterlagen entspricht dem Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt. Insofern entsprechen die Planunterlagen den geltenden rechtlichen Regelungen. Weiterer Entscheidungsbedarf ergibt sich für die Planfeststellungsbehörde daher nicht.

b) Der bodenkundlichen Baubegleitung ist zum einen besondere Bedeutung beizumessen. Zum anderen müssen zur Gestaltung des Lauchaeinschnittes 450.000 m³ Boden ausgehoben werden, welche teils zur Wiederandeckung des neuen Böschungsbereiches und mit 250.000 m³ nach der Zwischenlagerung zur Abdeckung des alten Deponiekörpers (im Rahmen des TSRK) dienen soll. In diesem Zusammenhang macht die untere Abfallbehörde darauf aufmerksam, dass die einzelnen Überwachungsmaßnahmen und die konkret einzuhaltenden Vorgaben vor Baubeginn in einem Konzept für Bauausführende und Bauüberwacher eindeutig zu beschreiben seien.

Der Vorhabenträger stimmt den Ausführungen der unteren Abfallbehörde zu und teilt in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 mit, dies in der nächsten Planungsphase umsetzen zu wollen.

In ihrer Stellungnahme vom 06.09.2022 nimmt die untere Abfallbehörde darauf Bezug und schlägt entsprechende Nebenbestimmungen vor.

Hierzu wird auf die Nebenbestimmung unter Pkt. 7.1. in Teil A, Kapitel IV dieses Beschlusses verwiesen. Es besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf der Planfeststellungsbehörde.

c) Für die Ablagerung insbesondere der Sedimente auf der Deponie Hochhalde Schkopau (DHS) ist aufgrund ihrer Quecksilbergehalte eine abfallrechtliche Genehmigung zu beantragen.

Der Vorhabenträger verweist in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 auf die Ausführungsplanung.

Die untere Abfallbehörde regt eine frühzeitige Klärung des Sachverhaltes an.

In Teil A, Kapitel IV, Pkt. 7 – insbesondere die Punkte 7.4. bis 7.8 – erfassen auch die Regelung der Entsorgung der Sedimente. Speziell Punkt 7.5. fordert die Vorlage eines Konzeptes zur Beprobung und Entsorgung einschließlich der geplanten Entsorgungswege. Aus diesem Zusammenhang heraus ist festzustellen, dass erst dann eine spezifische abfallrechtliche Genehmigung erteilt werden kann, wenn konkrete Untersuchungs- bzw. Beprobungsergebnisse vorliegen und der Deponiebetreiber beurteilen kann, ob und wo er die Materialien einbaut.

Daher war die Forderung der unteren Abfallbehörde zur Erteilung einer abfallrechtlichen Genehmigung im Rahmen der Beschlussfassung zurückzuweisen.

d) Die untere Abfallbehörde verweist darauf, dass gemäß Ausführungen in den Planunterlagen im Rahmen der Baumaßnahme eine Bauwasserhaltung notwendig sei. Gutachterlich werde durch den Betrieb der 36 Entspannungsbrunnen keine Beeinflussung/Ablenkung der Grundwasser- und Schadstoffströme aus dem Bereich der DHS abgeleitet.

Zur Kontrolle sollten jedoch das geförderte Bauwasser sowie das Lauchawasser im Bauzeitraum überwacht werden.

Zusätzlich zum geplanten chemischen und biologisch-ökologischen Monitoring der Laucha wird von Seiten des Landkreises im Rahmen der Beweissicherung ein Grundwassermonitoring zwischen DHS (Deponie Hochhalde Schkopau) und neuer Laucha für notwendig erachtet. Es ist zu dokumentieren, dass Grundwässer und Schadstoffe durch den neuen Gewässereinschnitt nicht von der DHS in südliche Richtung abströmen.

Der Vorhabenträger erwidert, dass ein solches Monitoring gemäß eingereichter Planunterlagen vorgesehen sei.

Die untere Abfallbehörde konkretisiert ihre Forderung in einer Nebenbestimmung mit Stellungnahme vom 06.09.2022, welche vom Vorhabenträger mit Erwidern vom 20.12.2022 akzeptiert wird.

Hierzu wird auf Nebenbestimmung unter Pkt. 7.2., Kapitel IV. in Teil A dieses Beschlusses verwiesen. Somit besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

e) Zum Stand der Sanierungsarbeiten auf der DHS - d.h. der Umsetzung des TSRK - liegen der unteren Abfallbehörde keine aktuellen Informationen vor. Damit könne auch der Nachweis der Kontaminationsfreiheit der Altdeponie 1 nach Rückbau des Kalkhydrates nicht nachvollzogen werden.

Mit Schriftsatz vom 19.12.2022 gab der Vorhabenträger die erteilten abfallrechtlichen Bescheide (Bestätigung der Kontaminationsfreiheit der Altdeponie 1 sowie die Feststellung des Abschlusses der Nachsorgephase für die Altdeponie 1) zur Kenntnis. Von weiteren Informationen des Vorhabenträgers an die untere Abfallbehörde wird seitens der Planfeststellungsbehörde ausgegangen.

Somit besteht kein Entscheidungsbedarf.

f) Des Weiteren hat die untere Abfallbehörde zur Ausführung des Vorhabens verschiedene Forderungen erhoben und Hinweise gegeben.

In seinen Erwidern vom 27.07.2022 sowie 20.12.2022 stimmt der Vorhabenträger diesen Hinweisen und Forderungen zu.

Die Forderungen und Hinweise wurden in Punkt 7, Kapitel IV. sowie Kapitel V. in Teil A dieses Beschlusses übernommen, weshalb kein weiterer Entscheidungsbedarf durch die Planfeststellungsbehörde besteht.

Untere Naturschutzbehörde

a) Die untere Naturschutzbehörde verweist darauf, dass im UVP-Bericht unter Pkt. 2.2.2 keine Angaben zu den besonders geschützten Biotopen gemacht werden, obwohl sie als besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft gelten. Hier sei zumindest ein Verweis auf Pkt. 5.5.1 des Landschaftspflegerischen Begleitplanes (LBP) erforderlich.

Der Vorhabenträger erwidert mit Schriftsatz vom 27.07.2022, dass Im UVP-Bericht in Kapitel 5.5.1.2 auf S. 57 die geschützten Biotope aufgeführt seien.

Dem schließt sich die untere Naturschutzbehörde in ihrer Stellungnahme vom 29.08.2022 an, weshalb kein weiterer Entscheidungsbedarf besteht.

b) Die Beurteilung einzelner Biotoptypen hinsichtlich des Schutzes gemäß § 30 BNatSchG sei fragwürdig. Feuchte Hochstaudensäume (Biotopcode NUY) werden nicht als besonders geschütztes Biotop gewertet, obwohl sie im Projektgebiet in der Regel Bestandteil naturnaher Uferbereiche sind. Hingegen würden stickstoffreiche Gebüsche (Biotopcode HYB) als geschützte Biotope angesehen, für die weder unter § 30 BNatSchG, noch unter § 22 NatSchG ein Schutzstatus angegeben ist. Beide Beurteilungen seien unzutreffend. Die Beurteilung bezüglich dieser beiden Typen sei zu überarbeiten oder zumindest die bisherige Beurteilung zu substantiieren.

Der Vorhabenträger erwidert mit Schriftsatz vom 27.07.2022, dass aus der zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlagen vorliegenden „Handlungsanweisung zur Kartierung der nach § 37 NatSchG LSA gesetzlich geschützten Biotope im Land Sachsen-Anhalt“ nicht eindeutig hervorgegangen sei, ob die Biotoptypen NUY (Sonstige feuchte Hochstaudenflur) und HYB (Gebüsch stickstoffreicher, ruderaler Standorte) als geschützte Biotope einzustufen sind oder nicht. Zwischenzeitlich liege die Biotoptypenrichtlinie für Sachsen-Anhalt vor. In dieser seien nunmehr die Biotoptypen-Codes aufgeführt. HYB werde darin nicht, NUY aber sehr wohl als geschützter Biotop aufgeführt. Anlagebedingt gehe der Biotoptyp NUY auf 568 m² verloren. Im Rahmen des Biotopwertverfahrens wurde der Verlust des mittelwertigen Biotops bilanziert. Allerdings müsse der Verlust der besonderen Lebensraumfunktion in gesetzlich geschützten Biotopen zusätzlich mit dem Faktor 1 ausgeglichen werden (vgl. Tabelle 19, S.80 LBP). D.h. der Bedarf des Ausgleichs von Röhrichten und Feuchten Hochstaudenfluren erhöhe sich um 568 m² (vgl. dazu nachfolgende Ausführungen unter c)). Durch die neue Einordnung von HYB als nicht geschützter Biotop verringere sich der Bedarf gehölzbezogener Ersatzmaßnahmen um 11.968 m².

Die untere Naturschutzbehörde führt in ihrer Stellungnahme vom 29.08.2022 aus, dass unabhängig vom Status der jeweiligen betroffenen Biotop - geschützt oder nicht - der Kompensationsbedarf zunächst nach dem Bewertungs- und Bilanzierungsmodell zu ermitteln sei. Der Umfang an gehölzbezogenen Kompensationsmaßnahmen verringere sich deshalb durch die Änderung der Unterlagen wie dargestellt nicht zwangsläufig. Es sei für die 11.968 qm Gebüsche stickstoffreicher, ruderaler Standorte, die durch das Vorhaben beseitigt werden, nun jedoch kein Ausgleich im Sinne des § 30 Abs. 3 BNatSchG erforderlich (in der Erwiderung irrtümlich als „Ersatzmaßnahme“ bezeichnet), sondern nur eine Kompensation gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG. Diese könne aber auch durch Gehölzpflanzungen erfüllt werden.

Die Genehmigungsbehörde stellt fest, dass mit der Präzisierung der Planunterlagen im LBP und AFB (Maßnahmenblätter etc.) keine Kompensationsdefizite verbleiben. Im Ergebnis besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

c) Die untere Naturschutzbehörde stellt weiterhin fest, dass die Beeinträchtigung der geschützten Biotop durch das Vorhaben in Bezug auf Umfang und gesetzlich geforderten Ausgleich unklar und nicht nachvollziehbar sei. An mehreren Stellen würden geschützte Biotop im Rahmen der Bauausführung offensichtlich in Anspruch genommen. Aus den weiteren Angaben erschließe sich jedoch nicht, ob die Beeinträchtigung im Einzelnen gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG ausgeglichen werde. Die Tabelle 19 im LBP, die nach Angabe der Unterlagen diesen Nachweis führen soll, enthielte unklare Angaben. Es sei nicht durchweg ersichtlich, wie die geschützten Biotop durch gleichartige Biotop ausgeglichen würden. Dies gelte z.B. für die Gebüsche, die nach Angabe in Tabelle 19 durch eine Aufforstung ersetzt werden sollen. Dies stelle jedoch keinen Ausgleich im Sinne des § 30 Abs. 3 BNatSchG dar. Die Unterlagen seien deshalb diesbezüglich vor einer abschließenden Beurteilung zu ergänzen.

Die Untere Naturschutzbehörde gehe derzeit davon aus, dass ein Ausgleich gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG nicht für alle durch das Vorhaben in Anspruch genommenen Biotop gegeben sei. Der Vorhabenträger müsse für die dann erforderliche Befreiung - deren Umfang zunächst durch ergänzende Unterlagen deutlich zu machen sei - im Einzelnen angeben, weshalb eine Alternative, die die Beeinträchtigung des jeweiligen Biotops vermeiden würde, nicht möglich bzw. nicht verhältnismäßig sei.

Der Vorhabenträger stellt in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 ausführlich dar, wie das Biotopwertungsverfahren für die Berechnung des notwendigen Ausgleichs angewandt wurde. Unter Berücksichtigung der Hinweise der unteren Naturschutzbehörde erfolgte eine Präzisierung der Berechnungen (siehe Band B10 Anh4 Maßnahmenplan Blatt1_geä_220621.pdf, Band B10 Tabelle 19_S76 ff_geä_220627.pdf, Band B10 Maßnahmenblätter_ab S83 ff_geä_220627.pdf).

In Auswertung dieser präzisierten Planunterlagen stellt die Genehmigungsbehörde fest, dass die gesetzlichen Regelungen eingehalten werden und kein weiterer Entscheidungsbedarf besteht.

d) Nach § 4 Abs. 2 Nr. 9 der Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Lauchgrund“ ist es verboten, Gewässer aller Art zu verändern oder zu beseitigen. Die Umverlegung der Laucha wird dazu führen, dass sich die Laucha innerhalb des Landschaftsschutzgebietes maßgeblich verändert, da der Zufluss aus dem Oberlauf umgeleitet wird und der Abschnitt der Laucha ab der Ableitung des Oberflächenwassers nur noch durch seitlich zufließendes Niederschlagswasser gespeist wird. Somit ist auch eine Befreiung von den Verboten der Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Lauchgrund“ gemäß § 67 BNatSchG erforderlich.

Diese Befreiung kann nach Auffassung der Unteren Naturschutzbehörde bereits auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen im Planfeststellungsbeschluss erteilt werden, da nachgewiesen wird, dass ein überwiegender öffentlicher Belang vorliegt und – zumindest summarisch betrachtet - keine Alternative mit geringeren Auswirkungen auf Natur und Landschaft bzw. den Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes gegeben sei. Durch die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen werden die Beeinträchtigungen des Schutzzwecks des Landschaftsschutzgebietes zudem weitgehend kompensiert.

Mit Stellungnahme vom 24.04.2023 erfolgte die Zuarbeit der Befreiung von den Verboten der Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Lauchgrund“. Hierzu sei auf Teil A, Kapitel III, Pkt. 7 i. V. m. Teil C, Kapitel VI, Pkt. 4 dieses Beschlusses verwiesen.

e) Die untere Naturschutzbehörde gibt Hinweise darauf, dass die ökologische Funktion der betroffenen Lebensstätte der Rohrweihen im räumlichen Zusammenhang entgegen der Darstellung in den Planunterlagen weiterhin gegeben ist.

Um Wiederholungen zu vermeiden sei hier auf die Abwägung der Belange unter Pkt. 1.7, Buchst. i) in diesem Kapitel verwiesen.

f) Im Gegensatz zur Rohrweihe würden für die Zauneidechsen sowohl CEF- als auch FCS-Maßnahmen konzipiert. Diese Maßnahmen seien jedoch noch nicht hinreichend konkret genug ausgearbeitet. Insbesondere bei den Maßnahmen auf dem Plateau der abgedeckten Deponie 3.1 sei zu berücksichtigen, dass die Flächen aufgrund der Lage dem Wind ausgesetzt und daher nur suboptimal zur Ansiedlung der Zauneidechsen geeignet sind.

Der Vorhabenträger legt mit seiner Erwiderung vom 27.07.2022 geänderte Maßnahmenblätter (Band 10 Maßnahmenblätter ab S. 83ff.) vor und verweist darauf, dass im Maßnahmenblatt zu A_{CEF3} außerdem ergänzt wird, die zu pflanzenden Sträucher als linienhafte Gehölzriegel in Nord-Südausrichtung anzulegen. Somit böten sie Schutz vor Wind.

Der Verlust der Lebensstätten der Feldlerche könne nach Auffassung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Stellungnahme vom 29.08.2022 nicht durch die Maßnahme A_{CEF3} ausgeglichen werden, da im Rahmen dieser Maßnahme zum Schutz der Zauneidechsen Gehölzriegel in Nord-Süd-Ausrichtungen gepflanzt werden sollen. Dies schränke jedoch die Eignung der Flächen für die Feldlerche maßgeblich ein, da diese regelmäßig einen größeren Abstand zu gliedernden Strukturen wie Gehölzen etc. sucht bzw. einhalte. Die Maßnahme muss daher noch einmal geändert bzw. ergänzt werden.

Der Vorhabenträger legte mit Erwidern vom 10.01.2023 präzierte Maßnahmenblätter, darunter auch zur Maßnahme A_{CEF3} vor, welche nunmehr die Hinweise der unteren Naturschutzbehörde berücksichtigen. Im Übrigen sei auf die Nebenbestimmung in Teil A, Kapitel IV, Pkt. 4.1, 4.4 ff. sowie deren Begründung in Teil C, Kapitel VI, Pkt. 4 dieses Beschlusses verwiesen, weshalb kein weiterer Entscheidungsbedarf besteht.

g) Die untere Naturschutzbehörde führt aus, dass sich nach Angaben des artenschutzrechtlichen Gutachtens Verluste von Lebensstätten der Brutvögel nur ergäben, wenn ein nachgewiesenes Revier beseitigt oder maßgeblich beeinträchtigt werde. Reviere, die im Jahr der Erfassung - die bereits fünf Jahre zurückliege - nicht besetzt waren, blieben dabei unberücksichtigt, obwohl sie eine entsprechende Eignung als Lebensstätte aufweisen würden. Dies gelte z.B. für die Fortpflanzungsstätten von Blaukehlchen und Feldlerchen. Dieser Verlust werde im Gutachten nicht berücksichtigt, müsse aber in die Beurteilung einfließen. Für die Eignung und die Berücksichtigung dieser Flächen als Lebensstätten, die (anteilig) verloren gehen, spreche auch, dass im Gutachten Individuen der betroffenen Arten hingewiesen werde, die durch die Baumaßnahmen gestört würden, in vergleichbare Areale (Röhrichte, Ackerflächen) abwandern können (s.S.27 AFB).

Biotope mit besonderer Eignung als Lebensstätte besonders geschützter Tierarten sollten im Zuge des Vorhabens noch besser als bisher vorgesehen geschützt bzw. ihre Funktion als Lebensstätte durch ergänzende Maßnahmen gewahrt bleiben. Dies gelte insbesondere für die Inanspruchnahme von Röhrichtflächen im Kontakt zu Wasserflächen. Wo diese bauzeitlich gestört würden, können gegebenenfalls durch vorgezogene Maßnahmen die Biotopflächen entsprechend erweitert werden. Der Schutz von Brutvögeln soll nach Angaben des artenschutzrechtlichen Gutachtens auch dadurch gewährleistet werden, dass die Baumaßnahmen bzw. die Baufeldfreimachung außerhalb des Brutzeitraumes der heimischen Brutvögel durchgeführt werden. Da zeitliche Verzögerungen von Baumaßnahmen keine Seltenheit wären, sei für die einzelnen Abschnitte eindeutig und räumlich nachvollziehbar festzulegen, in welchen Zeiträumen Bauarbeiten stattfinden können, und wann sie wo unzulässig seien. Diese Vorgabe müsse dann Bestandteil der Ausschreibung der Bauleistungen werden.

Gegebenenfalls sollten vorsorglich Maßnahmen konzipiert werden, die im Fall der Verzögerung der Bauarbeiten in den Brutzeitraum hinein ergriffen werden können, um eine zulässige Fortsetzung der Bauarbeiten zu erreichen (Vergrünung + Aufwertung von Ausweichhabitaten o.V.).

Der Vorhabenträger erwidert mit Schriftsatz vom 27.07.2022, dass im Rahmen der Erstellung der Planunterlagen soweit wie möglich darauf hingewirkt wurde, dass die Inanspruchnahme von Lebensstätten geschützter Arten vermieden werde. Im Ergebnis konnten 3,8 ha geschützt werden (V3). Diese Flächen würden durch Bauzäune abgetrennt (V2). Die potenziellen Lebensstätten von schilfbewohnenden Arten (Blaukehlchen, Drosselrohrsänger und Feldschwirl) würden durch das Vorhaben aber in der Tat verkleinert, auch wenn die 2016 erfassten Brutstandorte außerhalb der in Anspruch zu nehmenden Fläche lägen. Die Bautätigkeiten in diesem Bereich (BA VI und VII) fänden erst im 3. Baujahr statt. Zu diesem Zeitpunkt seien die Bautätigkeiten in BA I bereits abgeschlossen. Werde die infolge der Einwendungen vorzusehende Erweiterung der Schilfflächen südlich der Laucha in BA I (in Teilen Änderung von Kompensationsmaßnahme A5 auf A4/ACEF4) vorgezogen umgesetzt (CEF-Maßnahme), bliebe die Funktionalität im räumlichen Zusammenhang gewahrt. Zur Änderung der Maßnahmen erfolgt eine Nachreichung von präzisierenden Unterlagen (siehe Band B11_Änderung Formularblätter, Band B10 Anh4 Maßnahmenplan Blatt1, Band B10 Maßnahmenblätter ab S83 ff). Der bauzeitliche und dauerhafte Verlust der Lebensstätte der Feldlerche könne durch die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (A_{CEF3}) auf den endgültig abgeschlossenen Plateauflächen der DA 3.1 ausgeglichen werden.

Der Verlust der Lebensstätten der Feldlerche kann nach Auffassung der unteren Naturschutzbehörde (Stellungnahme vom 29.08.2022) nicht durch die Maßnahme A_{CEF3} ausgeglichen werden, da im Rahmen dieser Maßnahme zum Schutz der Zauneidechsen Gehölzriegel in Nord-Süd-Ausrichtungen gepflanzt werden sollen. Dies schränke jedoch die Eignung der Flächen für die Feldlerche maßgeblich ein, da diese regelmäßig größeren Abstand zu gliedernden Strukturen wie Gehölzen etc. sucht bzw. einhalte. Die Maßnahme müsse daher noch einmal geändert bzw. ergänzt werden.

Der Vorhabenträger erwidert mit Schriftsatz vom 20.12.2022, dass die Zauneidechse in den letzten heißen Sommern stark aufgeheizte Flächen sogar mied und seines Erachtens nicht auf Windschutz angewiesen ist. Einzelne kleine Sträucher würden als Schattenspender ausreichen. Mit diesem Ansatz könnte die Flächengestaltung auch den Ansprüchen der Feldlerche genügen. Dementsprechend wurden präzierte Planunterlagen vorgelegt.

Die geänderten Formularblätter in Band 10 und 11 der Planunterlage sind nunmehr Bestandteil der planfestgestellten Planunterlagen. Im Übrigen wird auf die Nebenbestimmung in Teil A, Kapitel IV, Pkt. 4.1 ff. sowie deren Begründung in Teil C, Kapitel VI. Pkt. 4 dieses Beschlusses verwiesen, weshalb im Ergebnis dieser Betrachtungen kein weiterer Entscheidungsbedarf besteht.

h) Die untere Naturschutzbehörde führt aus, dass die Lärmemissionen, welche durch das Vorhaben verursacht werden, nicht konsequent beurteilt und in geeignete Maßnahmen zur Vermeidung oder zum Schutz der Tiere umgesetzt würden. Es werde von den Gutachtern davon ausgegangen, dass der Einsatz moderner, lärmreduzierter Baumaschinen dazu führe, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen durch das Vorhaben auf die Tierwelt ausgelöst würden, obwohl keinerlei Beurteilung vorläge, wie hoch die Lärmbelastungen beim Einsatz dieser Maschinen noch seien. Abgesehen davon seien allein durch die großen Erdbewegungen und die Transporte mit üblichen LKWs erhebliche Lärmemissionen zu erwarten. Diesen stünden zwar Vorbelastungen durch den Straßenverkehr (A 38, L 172) etc. gegenüber. Ob durch das Vorhaben noch eine zusätzliche Lärmbelastung bestehe und wie hoch diese gegebenenfalls unter Berücksichtigung der geplanten Vermeidungsmaßnahme noch sei, werde nicht nachvollziehbar dargelegt.

Schließlich sei auch nicht klar, ob mit der bisher vorgesehenen Vermeidungsmaßnahme lediglich die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zum Lärmschutz verlangt werde oder die Maßnahme über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen solle. Sei letzteres der Fall, müsse dafür Sorge getragen werden, dass diese Anforderung auch in der Ausschreibung der Bauleistungen Niederschlag findet. Hierfür wären dann konkrete Vorgaben zu machen; die Forderung „moderner, schallgedämpfter Baumaschinen“ sei dafür zu unbestimmt.

Der Vorhabenträger führt in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 aus, dass lediglich für den Rotmilan eine Bauzeitenregelung vorgesehen sei, die gemäß Erwiderung auf die Einwendung des LVwA (ONB) noch ergänzt werde (siehe V_{AFB3} in Band B10 Maßnahmenblätter ab S.83 ff.). Diese sei im Band B10 Anh4 Maßnahmenplan Bl.4 der Antragsunterlage örtlich gekennzeichnet. Gemäß Maßnahme V2 sei lediglich die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zum allgemeinen Artenschutz bei der Durchführung von Rodungsarbeiten vorgesehen: Entfernung und starker Rückschnitt von Gehölzen und Röhrichten nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September. Unabhängig vom Bauablauf würden dadurch die Lebensstätten von Gehölz und Röhricht bewohnenden Arten außerhalb der Brutzeit entnommen. Im Maßnahmenblatt zu V2 werde ergänzt, dass die Rodung bzw. der Rückschnitt immer erst in der Herbst-/Winterperiode vor dem Eingriff in den betreffenden Bauabschnitt erfolgen dürfe, um Biotop so lange wie möglich als Lebensstätte zu erhalten (siehe V2 in Band B10 Maßnahmenblätter ab S83 ff). Eine Aufwertung von Ausweichhabitaten erfolge bereits durch die Maßnahmen A_{CEF1} , A_{CEF2} und A_{CEF3} . Außerdem werde im Rahmen der Nachreichung von Unterlagen zusätzlich eine CEF-Maßnahme (A_{CEF4}) für schilfbewohnende Arten (Blaukehlchen, Drosselrohrsänger und Feldschwirl) aufgenommen. Dazu erfolgte eine Nachreichung von ergänzenden Unterlagen (siehe Band B11_Änderung Formularblätter, Band B10 Anh4 Maßnahmenplan Blatt1, Band B10 Maßnahmenblätter ab S83 ff).

Außerdem verweist der Vorhabenträger in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 auf den UVP-Bericht. Hier wurde dargelegt, durch welche Bauarbeiten in welchen Bauabschnitten besonders hohe baubedingte Lärmimmissionen verursacht würden (vgl. Kap. 7.6.3. u. a. S. 189 und 190).

In Tabelle 81 werde festgestellt, dass lärmintensive Arbeiten punktuell erhebliche Beeinträchtigungen auf störungsempfindliche Tiere haben können. Da Baulärm nicht quantifizierbar sei, erfolge hilfsweise eine Betrachtung der Störanfälligkeit. Eine Prüfung von Störungstatbeständen erfolge im AFB. Es wurde festgestellt, dass durch die geringe Lärmempfindlichkeit keine erheblichen Beeinträchtigungen verursacht würden oder durch Vermeidungsmaßnahmen (Bauzeitenregelung im Bauabschnitt VII, Einsatz moderner schallgedämpfter Baugeräte, keine Nachtbauarbeiten) eine weitgehende Minimierung der Beeinträchtigungen möglich sei.

Im Maßnahmenblatt zu Maßnahme V4 ist erläutert, dass mit dem „Einsatz moderner schallgedämpfter Baugeräte“ gemeint sei, dass z. B. die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV, Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm einzuhalten sei.

Diesen Ausführungen folgt die untere Naturschutzbehörde in ihrer Stellungnahme vom 29.08.2022. Die präzisierten Planunterlagen sind nunmehr Bestandteil der planfestgestellten Unterlagen, weshalb kein weiterer Entscheidungsbedarf besteht.

Untere Forstbehörde

Die untere Forstbehörde erteilt grundsätzlich sowohl die Genehmigung zur Waldumwandlung als auch die Genehmigung zur Erstaufforstung mit Nebenbestimmungen. Sie führt außerdem aus, dass die geplante Ersatzmaßnahme E 1 zur Kompensation von Wald ungeeignet sei und daher inhaltlich überarbeitet werden müsse. Um die Genehmigungen konkret erteilen zu können, sei die Zuarbeit von weiteren Daten für die Genehmigung der Waldumwandlung und der Erstaufforstung erforderlich.

Mit Schriftsatz vom 20.12.2022 legt der Vorhabenträger in seiner Erwiderung die überarbeitete Fassung der Ersatzmaßnahme E1 (Band 10, Tabelle 19, S. 76 ff; Band 10 Maßnahmenblätter ab S. 83 ff. und Band 10 Anh5 Ersatzmaßnahme E1) vor. Des Weiteren erfolgt die Angabe der benötigten konkreten Daten für die Erteilung der in Rede stehenden Genehmigungen, welche mit Stellungnahme der unteren Forstbehörde vom 03.03.2023 mit Nebenbestimmungen erteilt werden.

Die Planfeststellungsbehörde erteilt die Waldumwandlungs- sowie Erstaufforstungsgenehmigung im Rahmen dieses Planfeststellungsbeschlusses (Teil A, Kapitel III, Pkt. 8 und 9 (Genehmigungen) sowie Kapitel IV, Pkt. 5 (Nebenbestimmungen) und in Teil C auf Kapitel VI., Pkt. 5 und 6 (Begründung der Genehmigungen) sowie Kapitel VII, Pkt. 5 (Begründung der Nebenbestimmungen) mit einer Abweichung.

Die Abweichung bezieht sich auf die Auflage 3 der Waldumwandlungsgenehmigung. Ein Zeitraum für den Vollzug der Erstaufforstung kann deshalb nicht festgelegt werden, weil die Waldumwandlung/Erstaufforstung in der Ersatzmaßnahme E1 verankert ist und diese nur verzögert umgesetzt werden kann.

Hierzu sei auf die Planunterlagen Band 10, Pkt. 4.1.3, S. 11 sowie Pkt. 8.1.3.4., S. 64/65 und Maßnahmenblatt E1, S. 117/ 118 verwiesen. Für jedes Jahr Verzögerung nach Beendigung der Baumaßnahme erhöht sich der Maßnahmenumfang um 1,25 %. Mit vorliegender Erteilung der hierzu erforderlichen abfallrechtlichen Genehmigungen ist sichergestellt, dass die Erdmassen zur Verfüllung des „Laucha-Canyons“ verwendet werden. Zu Einzelheiten sei auf die Ausführungen unter Pkt. 1.7 c) (Fachreferat 407) in diesem Kapitel des Beschlusses verwiesen.

Mit der naturschutzrechtlichen Regelung – Anwendung des „time-lag-Effektes“ wurde die Absicht der unteren Forstbehörde – einen angemessenen Zeitraum für die Umsetzung der Ersatzmaßnahme zu sichern – bereits im Naturschutzrecht umgesetzt. Eine nochmalige Regelung war nicht erforderlich. Im Ergebnis dieser Betrachtungen wird die Forderung der unteren Forstbehörde zur Regelung eines konkreten Vollzuges der Maßnahme zurückgewiesen.

Amt für Bauordnung und Denkmalschutz, SG Städtebau und Raumordnung

Die untere Landesentwicklungsbehörde hat keine Einwände gegen das Vorhaben.

Es tangiere das Vorbehaltsgebiet für den Aufbau eines ökologischen Verbundsystems Nr. 5 „Saaleletal und Nebentäler“. Der Vorhabenträger sei verpflichtet, diesem Vorbehalt bei der Abwägung besonderes Gewicht beizumessen. Die oberste Landesentwicklungsbehörde sei zu beteiligen.

Alle direkten und indirekten Berührungen von Anlagen anderer Rechtsträger durch die geplante Maßnahme seien mit den zuständigen Dienststellen zur Bestandssicherung und Koordinierung abzustimmen.

Der Vorhabenträger hat die Ausführungen zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens wurde die oberste Landesplanungsbehörde sowie alle anderen bekannten Rechtsträger beteiligt.

Insofern besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

Bauamt, SG Straßenbau

Das Bauamt gibt den Hinweis, dass Gemeindestraßen betroffen seien und eine diesbezügliche Abstimmung mit der Gemeinde Schkopau zu erfolgen habe.

Die Anhörung der Gemeinde Schkopau ist im Rahmen des Anhörungsverfahrens erfolgt. Somit besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

Ordnungsamt, SG Katastrophenschutz- und Rettungsdienst

Das Ordnungsamt gab zum Vorhaben verschiedene Hinweise und stellte verschiedene Forderungen an die Bauausführung zum Vorhaben.

Hierzu sei auf Teil A, Kapitel IV. Pkt. 8 sowie Kapitel V. Pkt. 1 und Teil C, Kapitel VII. Pkt. 8 dieses Beschlusses verwiesen. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht somit nicht.

Straßenverkehrsamt/SG Verkehr

Das Straßenverkehrsamt gibt verschiedene Hinweise für die Bauausführung des Vorhabens.

Hierzu sei auf Teil A, Kapitel V., Pkt. 2 bis 4 dieses Beschlusses verwiesen. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht nicht.

Umweltamt/SG Immissionsschutz

Die untere Immissionsschutzbehörde stellte verschiedene Anforderungen (Auflagen) an das Vorhaben und gab einen Hinweis.

Hierzu sei auf Teil A, Kapitel IV., Pkt. 6 und Kapitel V., Pkt. 5 verwiesen. Auch hier besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

Amt für Bauordnung und Denkmalschutz/SG Denkmalschutz

- a) Die Erhaltung der durch das Vorhaben tangierten archäologischen Kulturdenkmale sei im Rahmen des Zumutbaren zu sichern und in Form einer fachgerechten Dokumentation der Nachwelt zu erhalten.
- b) Den Baumaßnahmen sei ein fachgerechtes und repräsentatives Dokumentationsverfahren vorzuschalten.
- c) Die Dokumentation ist gemäß Runderlass der oberen Denkmalschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt vom 06.03.2013 vom Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie des Landes Sachsen-Anhalt (LDA) durchzuführen.

Vor Beginn der Erdarbeiten sind Art, Dauer und Umfang der Dokumentation rechtzeitig im Vorfeld der Maßnahme mit dem LDA verbindlich abzustimmen. Als Ansprechpartnerin stehe Frau Dr. Paddenberg zur Verfügung.

- d) Im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Kulturdenkmale besteht eine gesetzliche Meldepflicht. Nach § 9 Abs. 3 DenkmSchG LSA sind Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmales bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen. Eine wissenschaftliche Untersuchung durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie oder von ihm Beauftragte ist zu ermöglichen. Innerhalb dieses Zeitraumes wird über das weitere Vorgehen entschieden.

Die Forderungen a bis d) sind bei der Planfeststellung beachtet worden. Die Nebenbestimmungen zum Denkmalschutz und zur Archäologie (Teil A, Kapitel IV., Pkt. 5. bzw. Kapitel V., Pkt. 6) sind Teil der Entscheidung. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht dazu nicht.

2.2. Gemeinde Schkopau

Stellungnahme vom 01.12.2021

Erwiderung vom 27.07.2021

Die Gemeinde stimmt dem Vorhaben grundsätzlich zu. Das Vorhaben entspricht der Darstellung, im Flächennutzungsplan der Gemeinde.

- a) Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass sämtlicher im Zusammenhang mit der Baustelle stehender Verkehr nicht durch die Ortslagen von Knapendorf fährt. Alle weiteren öffentlich zugänglichen Wege, welche durch den Baustellenverkehr genutzt werden, sind für den Baustellenverkehr zu ertüchtigen und im Nachgang wiederherzustellen

In seiner Erwiderung führt der Vorhabenträger im Wesentlichen aus, dass der Baustellenverkehr über die Anliegerstraßen und Straßen unmittelbar um Knapendorf weitestgehend vermieden werde. Im Ergebnis des Erörterungstermins wurde am 20.10.2023/ 01.11.2023 zwischen der MDSE (im Auftrag des Vorhabenträgers handelnd) und der Gemeinde Schkopau eine Vereinbarung zur „Verkehrssicherheit der Ortslage Knapendorf bei der Verlegung des Fließgewässers Laucha“ geschlossen. Diese Vereinbarung regelt die Nutzung der Gemeindestraßen im Zuge der Bauarbeiten.

Aufgrund der in der vorgenannten Vereinbarung getroffenen Regelungen besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf für die Planfeststellungsbehörde.

b) Die Gemeinde bittet für den Ersatzneubau des Feldwegabschnittes zwischen Bau-km 2+640 und 3+040 um Überprüfung, ob der angrenzende Acker tatsächlich kein Gefälle zum Weg aufweise, weshalb auf einen Abfanggraben verzichtet werden könne.

Der Vorhabenträger stellt in seiner Erwiderung vom 27.07.2021 klar, dass der Acker wie geplant in Richtung Südosten entwässere. Das Wasser fließe damit weg vom oben genannten Weg.

Nach Überprüfung der genannten Planunterlagen (Band 2, Kapitel 3.3.6, S. 37) stellt die Genehmigungsbehörde fest, dass für diesen Weg ein Gefälle von 3 % in Richtung des neuen Flussbettes ausgewiesen ist. Die höchste Stelle des Weges befindet sich somit an der Außenkante zur Ackerfläche, welche nach Südosten abfällt. Insofern sind die Ausführungen des Vorhabenträgers nachvollziehbar, welcher außerdem beabsichtigt in der Ausführungsplanung Geländeanfüllungen in erforderlichen Bereichen vorzusehen, um ein ausreichendes Gefälle zu gewährleisten.

Im Ergebnis dieser Betrachtungen besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

c) Die Gemeinde regt an, den Begleit- und Unterhaltungsweg am neuen Flusslauf dauerhaft öffentlich zugänglich zu machen und so die Ortschaften am Fuße der Hochhalde wieder zu verbinden. Dies würde eine Nutzung für den Alltagsradverkehr oder Naherholung ermöglichen. In diesem Zusammenhang bittet die Gemeinde vom Wendehammer bei Bau-km 0+000 eine Verbindung zum öffentlichen Wegenetz- in Bündorf zum überregional ausgewiesenen Radweg „Laucha-grund-Schwarzeiche“ zu sichern.

In seiner Erwiderung vom 27.07.2022 weist der Vorhabenträger diese Bitte zurück. Eine öffentliche Nutzung sei nicht vorgesehen. Es sei klarzustellen, dass sich die neue Lauchatrasse zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch innerhalb des Betriebsgeländes befindet. Eine Öffnung sei aus Sicherheitsgründen nicht möglich, da auf dem Betriebsgelände Sanierungs- und Abschlussarbeiten erfolgen. Ein Betreten des Geländes von Unbefugten sei nicht statthaft.

Nach Überprüfung durch die Planfeststellungsbehörde ist klarzustellen, dass der Unterhaltungsweg – wie oben vom Vorhabenträger ausgeführt – für die Allgemeinheit aus Gründen der Betriebssicherheit nicht zugänglich ist. Dem schließt sich die Genehmigungsbehörde an. Der von der Gemeinde benannte Begleitweg (s. Band 2, Anh 2.1, Blatt 4) ist jedoch nach wie vor öffentlich zugänglich, da es sich – wie in der Planunterlage ausgewiesen – um die Wiederherstellung der Wegebeziehung des durch die Neuverlegung der Flusstrasse abgeschnittenen Feldweges handelt.

Aus den genannten Gründen ist die Forderung der Gemeinde hinsichtlich der öffentlichen Nutzung des Unterhaltungsweges zurückzuweisen, hinsichtlich des Begleitweges klarzustellen, dass dieser Weg weiterhin öffentlich zugänglich ist.

d) Zur Straßenbrücke bei Knapendorf sowie Elisabethhöhe stellt die Gemeinde fest, dass die Höhe des Füllstabgeländers nicht ausreichend sei.

Das Geländer sei eine dauerhafte Sicherheitseinrichtung über einem Fließgewässer und sollte mit einer Höhe von 1,1 m (statt 1,0 m) der Höhe der Straßenbrücke über der Eisenbahnüberführung entsprechen.

In seiner Erwiderng stimmt der Vorhabenträger zu, das Füllstabgeländer auf 1,10 m zu erhöhen. Dies ist in den präzisierten Planunterlagen durch Grüneintrag so festgehalten, s. Planzeichnung B3 Anh3.1. sowie Bd. 3, Erläuterungsbericht Pkt. 7, S. 18 u.a..

Somit besteht kein Entscheidungsbedarf durch die Planfeststellungsbehörde.

e) Darüber hinaus unterstützt die Gemeinde die vorgetragenen Argumente des Heimat- und Feuerwehrvereins Knapendorf e. V. und bittet diese Hinweise wohlwollend zu prüfen und zu unterstützen.

An dieser Stelle sei auf Teil C, Kapitel X., Pkt. 4.4 hinsichtlich der Entscheidung der Planfeststellungsbehörde über die vom Heimat- und Feuerwehrverein Knapendorf e. V. vorgetragene Forderungen verwiesen.

2.3. Solestadt Bad Dürrenberg

Stellungnahme vom 15.02.2022

Erwiderng vom 27.07.2022

Erörterungstermin 27.06.2023

Die Solestadt Bad Dürrenberg wurde auf Anregung des Landesamtes für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt beteiligt. Sie führt in ihrer Stellungnahme aus, dass das Plangebiet außerhalb des Grenzgebietes des Bergbaubewilligungsfeldes „Bad Dürrenberg“ mit dem Borlachsacht als Austrittsort schwach mineralisierter NaCl-Sole, dessen Nutzungsrechte sich im Besitz der Stadt Bad Dürrenberg befinden, liege. Sie beabsichtige derzeit auch keinen Eigentumserwerb.

Im Erörterungstermin bestätigte der anwesende Vertreter der Stadt Bad Dürrenberg, dass diese nicht betroffen ist.

Somit besteht kein Entscheidungsbedarf durch die Planfeststellungsbehörde.

2.4. Unterhaltungsverband „Mittlere Saale - Weiße Elster“ (UHV)

Stellungnahme vom 18.10.2021

Erwiderung vom 27.07.2022

Der Unterhaltungsverband ist nicht betroffen. Darüber hinaus verwies er auf einige Gewässer 2. Ordnung im Abschnitt des Sediment austausches und legte zum besseren Verständnis eine Karte bei. Diese Gewässer fallen in seinen Zuständigkeitsbereich.

Der Vorhabenträger erwiderte, dass sich diese Gewässer im Umfeld des Vorhabens befänden und von der Baumaßnahme selbst nicht betroffen seien.

Eine erneute Stellungnahme des Unterhaltungsverbandes erfolgte nicht. Die Planfeststellungsbehörde folgt der Erwiderung des Vorhabenträgers. Entscheidungsbedarf besteht in der Folge nicht.

3. Landesbehörden

3.1. Ministerium für Infrastruktur und Digitales Sachsen-Anhalt

Stellungnahme vom 03.12.2021

Der Vorhabenträger hat die Stellungnahme mit Schriftsatz vom 27.07.2022 zur Kenntnis genommen und keine Einwände geltend gemacht.

Die Stellungnahme des Ministeriums wurde vollumfänglich Bestandteil dieser Entscheidung. Die gegebenen Hinweise wurden in Teil A, Kapitel V, Pkt. 12 und 13 aufgenommen.

Dem Vortrag des Ministeriums wurde somit entsprochen. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht nicht.

3.2. Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd

Stellungnahmen vom 23.11.2021, 07.12.2022

Erwiderung des Vorhabenträgers vom 27.07.2022

Der Vorhabenträger hat die Stellungnahme mit Schriftsatz vom 27.07.2022 zur Kenntnis genommen und bestätigt, sich im Rahmen der Ausführungsplanung und somit vor Baubeginn mit den Bewirtschaftern/Besitzern/Landwirten der betroffenen Flächen rechtzeitig und ausführlich ins Benehmen zu setzen, um die Einzelmaßnahmen und das weitere Vorgehen sowie die Aufrechterhaltung der Zugänglichkeit der landwirtschaftlich nutzbaren Wegebeziehungen gemeinsam abzustimmen.

Die Stellungnahmen des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd wurden vollumfänglich Bestandteil dieser Entscheidung. Die erhobenen Forderungen wurden in Teil A, Kapitel IV, Pkt. 10 sowie Kapitel V, Pkt 14 und 15 aufgenommen.

Dem Vortrag des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd wurde somit entsprochen. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht nicht.

3.3. Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Stellungnahme vom 13. und 22.09.2021

Erwiderung vom 27.07.2022

Das Landesamt/Bodendenkmalpflege hat verschiedene Forderungen erhoben: Ein fachgerechtes und repräsentatives Dokumentationsverfahren ist vor den Baumaßnahmen durchzuführen. Art und Umfang seien mit dem Landesamt abzustimmen. Hierfür wurden verschiedene Eckpunkte vorgegeben.

Der Vorhabenträger nimmt die Hinweise zur Kenntnis und weist auf die erfolgte Berücksichtigung in den Planunterlagen hin.

Die Forderung wurde in Teil A, Kapitel IV., Pkt. 9 dieses Beschlusses verankert. Somit besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

Vom Bereich Bau- und Kunstdenkmalpflege erfolgte ein Hinweis auf Kleindenkmal (historische Quelleinfassung des sogenannten Königsborns) nördlich von Wassertal bzw. Annemariental (gemäß beigelegtem Kartenausschnitt).

Der Vorhabenträger stellt fest, dass das Kleindenkmal nicht tangiert und damit nicht beeinträchtigt werde.

Somit besteht hier kein Entscheidungsbedarf durch die Planfeststellungsbehörde.

3.4. Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt

Stellungnahme vom 15.12.2021

Erwiderung vom 27.07.2022, 22.08.2022

Bergbau

Das Landesamt wies auf eine Bergbauberechtigung der Stadt Bad Dürrenberg im Bereich des Vorhabens hin.

Diesem Hinweis folgte die Planfeststellungsbehörde und beteiligte die Stadt Bad Dürrenberg im Nachgang zur Anhörung.

Altbergbau

Dazu liegen dem Landesamt keine Hinweise vor.

Lagerstätten und Rohstoffe

Hier bestehen keine Bedenken zur Umsetzung aus Sicht des Landesamtes.

Ingenieurgeologie

Dem Landesamt sind keine Beeinträchtigungen der Geländeoberfläche bekannt. Zum Baugrundgutachten liegen keine Hinweise und Bedenken vor. Durch die Umverlegung der Laucha verändern sich die hydrogeologischen Bedingungen auch im Bereich des stillgelegten „Altarms“. Deren Einfluss auf die Böschungen der Hochhalde und deren Standsicherheit sei zu beachten.

Die Hinweise wurden in Teil A, Kapitel V. unter Punkt 16 dieses Beschlusses übernommen.

Im Ergebnis dieser Betrachtungen zu den einzelnen Fachbereichen besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf für die Planfeststellungsbehörde.

Hydro- und Umweltgeologie

Der Fachbereich bestätigt verschiedene Ausführungen in den Planunterlagen.

Hinsichtlich der Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf Grundwassernutzungen stellte die Fachbehörde fest, dass sich Haus- und Feuerlöschbrunnen nicht im obersten grundwasserführenden Bereich befänden und dass Hausbrunnen die gespannten Festgesteinsgrundwasserleiter nutzen würden, in welchen lediglich der Druckwasserspiegel beeinflusst werde. Zur Beweissicherung solle zumindest der Brunnen 13/08 (s. B13, Anlage 6, Blatt 5) in die Überwachung einbezogen und der Grundwasserstand regelmäßig gemessen werden.

Der Vorhabenträger folgt dieser Empfehlung in seiner Erwiderung vom 22.08.2022 nicht. Der Brunnen habe in Bezug auf mögliche Auswirkungen der Lauchaumverlegung keine Aussagekraft.

Unter Berücksichtigung der Randbedingungen im Umfeld zur Sanierung der Hochhalde (Var. 4 i. V. m. B13 Anl. 6 Bl.4: Zusammenwirken verschiedener Sanierungsmaßnahmen wie die Überlagerung mit optimierten Drainageelementen etc.) sei der Brunnen 13/08 für die Einbeziehung in das Vorhaben zur Lauchaumverlegung aus fachtechnischer Sicht nicht relevant, weil mögliche Monitoringergebnisse nicht allein vom Vorhaben „Lauchaumverlegung“ abhängen sondern vor allem durch die Endstellung der Sanierung der Hochhalde geprägt seien. Aus den vorgenannten Gründen sei der Brunnen nicht in das geplante Grundwassermessnetz einbezogen worden. Das Grundwasser-Monitoringkonzept wird i. d. R. mit der Ausführungsplanung; d.h. vor Realisierung des Vorhabens erarbeitet und der Behörde vorgelegt.

Die Planfeststellungsbehörde schließt sich der Auffassung des Vorhabenträgers an. Dies erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund der wasserrechtlichen Nebenbestimmungen in Teil A, Kapitel IV, Pkt. 3 sowie 7.2. in diesem Beschluss. Das darin enthaltene Regelwerk wird diesseits als ausreichend erachtet, um die geltenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen einzuhalten und Vorsorge zu treffen.

Die Forderung nach Aufnahme des Brunnens 13/08 in das Monitoring wird zurückgewiesen.

3.5. Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt

Stellungnahme vom 02.11.2021, 05.06.2023

Erwiderung vom 27.07.2022

Das Landesamt stellt fest, dass sich im Planungsgebiet bzw. unmittelbar an der Planungsgrenze die Lagefestpunkte 4637 05205 und 4637 05210 der Festpunktfelder des Landes Sachsen-Anhalt befinden. Diese Festpunkte sind nach § 5 VermGeoG LSA gesetzlich geschützt. Sollte im Rahmen konkreter Maßnahmen die Gefährdung der Punkte absehbar werden, wird um rechtzeitige Mitteilung an das zuständige Fachdezernat Grundlagenvermessung (E-Mail: Nachweis.ffp@sachsen-anhalt.de) gebeten. Eine Karte zur Verdeutlichung der Lage der Punkte wurde beigelegt.

Der Vorhabenträger sicherte in seiner Erwiderung die Beachtung des Hinweises zu.

Im Rahmen der Einladung zum Erörterungstermin wurde die oben genannte Stellungnahme dahingehend präzisiert, dass erweiterte Kontaktdaten sowie ein Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der TP / NivP beigelegt wurde.

Die Daten nebst Merkblatt wurden dem Vorhabenträger per Mail vom 12.06.2023 – ebenfalls in Vorbereitung des Erörterungstermins – zur Kenntnis gegeben.

Die Planfeststellungsbehörde übernahm den Hinweis einschließlich der Kontaktdaten in Teil A, Kapitel V, Pkt. 17 dieses Beschlusses. Damit besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf.

3.6. Landesanstalt für Altlastenfreistellung Sachsen-Anhalt

Stellungnahme vom 01.12.2021

Erwiderung des Vorhabenträgers vom 27.07.2022

Das Landesamt stimmt dem Vorhaben zu und unterstreicht die Bedeutung und dringende Notwendigkeit des Vorhabens für die Verbesserung der Gewässerqualität der Laucha und auch der Saale unter den Gesichtspunkten der WRRL sowie für den abfallrechtlichen Abschluss der Deponie Hochhalde Schkopau.

Der Vorhabenträger nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Entscheidungsbedarf besteht nicht.

3.7. Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (GLD)

Stellungnahme vom 29.11.2021, 12./22./26.09.2022

Erwiderung 27.07.2022, 22.08.2022, 20.12.2022

Erörterungstermin am 27.06.2023

- a) Der Landesbetrieb fordert die Erweiterung des in den Planunterlagen ausgewiesenen Oberflächenwassermonitorings um die Parameter Quecksilber gelöst und Vinylchlorid an den aufgeführten Messstellen der Laucha. Dennoch solle der Parameter Quecksilber im Monitoringprogramm erhalten bleiben.

Für die Durchführung der Messungen und die Berichterstattung bestimmte der Landesbetrieb konkrete Abläufe.

Die Planfeststellungsbehörde entspricht den Forderungen des Landesbetriebes und verweist auf Teil A, Kapitel IV, Pkt. 3.11. dieses Bescheides. Im Übrigen wurden die Forderungen in den präzisierten und festgestellten Unterlagen in Band 1, Pkt. 7 vom Vorhabenträger berücksichtigt.

- b) Der Landesbetrieb stellt fest, dass der Grundwasserkörper im Bereich der DHS als ungeschützt eingestuft werde, wobei in den Grundwasserleitern 1 und 3 Kontaminationen mit u. a. Quecksilber und CKW festgestellt wurden. Im Ergebnis der Umverlegung der Laucha würden jedoch keine positiven Auswirkungen auf das Grundwasser erwartet.

Diese Aussage würde im Widerspruch zu Tab. 9-3 im Fachbeitrag zur WRRL (Band 12, S. 63) stehen, demzufolge ein guter chemische Zustand des Grundwasserkörpers SAL GW 014a nach Umverlegung der Laucha prognostiziert wird.

Der Vorhabenträger stellt in seiner Erwiderung vom 22.08.2022 klar, dass dieser Umstand auf die Kombination von Maßnahmen zurückzuführen sei. Die Umverlegung der Laucha allein bewirke keine Verbesserung des Grundwasserkörpers, sei aber wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung des TSRK zur Hochhalde Schkopau (DHS). Mit der Sanierung der DHS geht die Unterbrechung des Kontaminationspfades einher, der Massenzustrom von Schwermetallen und Industriechemikalien in den Grundwasserkörper werde reduziert. Im Ergebnis dieser Betrachtungen wäre die Bewertung des Zustandes nach der Umverlegung in der Tabelle 9-3/Band 12, S. 63 auf „schlecht“ zu korrigieren, was aber auf die Bewertung im UVP-Bericht und den Landschaftspflegerischen Begleitplan etc. keine Auswirkungen habe.

Die Planfeststellungsbehörde schließt sich dem Vorhabenträger hier an. Insofern war der Hinweis des GLD nicht weiter zu beachten. Im Ergebnis der Abwägung erfolgte die Änderung in Band 12, Tabelle 9-3 auf S. 63 der Planunterlagen (Deckblatt).

- c) Der Landesbetrieb empfiehlt in seiner Stellungnahme vom 29.11.2021 ein Grundwassermonitoring im Bereich der Hochhalde. Dabei sei der Messstellenumfang so zu wählen, dass alle durch die Deponie beeinflussten Grundwasserleiter überwacht werden können. Genannt werden acht vorhandene Messstellen, von denen nach Überprüfung der Lage und Funktionstüchtigkeit einige für einen jährlichen Überprüfungsrhythmus über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ausgewählt werden sollen. Die Analyse der Grundwasserbeschaffenheit sollte analog zum chemischen Oberflächenwassermonitoring der Laucha erfolgen. Es wird weiterhin empfohlen, das Grundwassermonitoring ein Jahr vor Beginn der Umsetzung der Maßnahme durchzuführen, um den aktuellen Zustand des Grundwassers zu ermitteln und um die Auswirkungen des geplanten Vorhabens bewerten zu können. Die Auswertung des Grundwassermonitorings sei dem GLD in Form eines Jahresberichtes zu Beginn des Folgejahres zu übergeben.
- d) Die Berechnung des Grundwassermodells erfolgte gemäß Band 13 der Planunterlagen auf Basis der Untersuchungsergebnisse aus dem Grundwassermonitoring der Jahre 2009, 2010 und 2014. Es werde daher empfohlen, auf Grundlage eines Grundwassermonitorings (siehe oben) die Modellprognose mit aktuellen Untersuchungsergebnissen zu überprüfen. Aus Sicht des Grundwasserschutzes werde eine Überwachung der durch die Hochhalde beeinflussten Grundwasserleiter dringend empfohlen.
- Zur Beurteilung der Schadstoffkonzentrationen seien die Prüf- und Maßnahmenschwellenwerte der LAWA 2016 heranzuziehen.

Der Vorhabenträger erkennt die Empfehlung zu c) an und verweist diesbezüglich in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 auf die Ausführungsplanung.

Nach Kenntnisnahme der Erwiderung konkretisiert der Landesbetrieb seine Forderungen in der weiteren Stellungnahme vom 12.09.2022 (s. Nebenbestimmung in Teil A, Kapitel IV, Pkt. 3.12. in diesem Beschluss, Begründung C, Kapitel VII, Pkt. 3).

Hier ist anzumerken, dass die Planfeststellungsbehörde nicht der ursprünglichen Intention des Landesbetriebes (Stellungnahme vom 29.11.2021) – das Monitoring ein Jahr vor Beginn der Baumaßnahme zu beginnen – gefolgt ist. In der oben genannten Nebenbestimmung ist festgehalten, dass der Start des Monitorings erst mit Beginn der eigentlichen Arbeiten zur Umverlegung des Fließgewässers zu erfolgen hat. Da der Beginn der Umsetzung des Vorhabens aus technologischen Gründen nicht mit dem zeitlichen Beginn der Umverlegung identisch ist, war der Start des Monitorings auf den tatsächlich relevanten Zeitpunkt (sogenannte Nullmessung als Datengrundlage für mögliche Veränderungen) festzusetzen.

Der Vorhabenträger akzeptiert die Konkretisierung, wendet jedoch mit Schriftsatz vom 20.12.2022 zu d) ein, dass die vom Landesbetrieb vorgeschlagenen Maßnahmen auf der Grundlage der LAWA 2016 nicht umsetzbar seien. Dies sei deshalb der Fall, weil zwar die Umverlegung des Fließgewässers Laucha zur Verbesserung der Situation beitrage, aber ohne Sicherungsmaßnahmen am Standort der Hochhalde - insbesondere in Bezug auf die fehlende Neugestaltung des Haldenrandgraben- und Drainagesystems – weiterhin davon auszugehen sei, dass Schwellenwerte überschritten werden. Daher könne die alleinige Betrachtung der Schwellenwerte im Ergebnis der Umverlegung nicht als Bewertungs- und Handlungskriterium angesetzt werden. Die Umverlegung selbst ist nur eine von mehreren Maßnahmen und müsse immer im Zusammenhang mit allen Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen am Standort betrachtet werden. Im Übrigen verweist der Vorhabenträger auf ein avisiertes, umfangreiches Grund- und Oberflächen- sowie Bauwassermonitoring.

In diesem Zusammenhang ist seitens der Planfeststellungsbehörde klarzustellen, dass es bei der Anwendung der Schwellenwerte aus der LAWA 2016 nicht darum geht, die Bewertung als Grundlage für Sanktionsmaßnahmen zu verwenden. Sie dienen allein der Orientierung. Hintergrund soll die Schaffung einer Datengrundlage sein, auf deren Basis die Untersuchungsergebnisse während der Umsetzung der geplanten Maßnahme bewertet werden können (s. auch Hinweis Nr. 75 in Teil A, Kapitel V. in diesem Beschluss). Lediglich bei nicht zu erwartenden negativen Auswirkungen ist die zuständige Behörde jedoch i. S. v. § 47 Abs. 1 WHG verpflichtet, entsprechende Gegenmaßnahmen – in Zusammenarbeit mit dem Vorhabenträger – zu veranlassen.

Der Vorhabenträger selbst schließt in seiner Erwiderung vom 20.12.2022 eine Verschlechterung von Grund- und Oberflächenwasserkörpern aus, weshalb für die zuständige Behörde kein Handlungsbedarf bestehen sollte.

Aus den vorgenannten Gründen und in Abwägung der Erwiderungen des Vorhabenträgers und der Forderungen des Landesbetriebes schließt sich die Planfeststellungsbehörde mit Hinweis auf die vorgenannten Ausführungen auch hinsichtlich der Auswertungsgrundlage (LAWA 2016 zur Orientierung und als Bewertungsmaßstab) dem Landesbetrieb an, legt jedoch den Beginn des Monitorings auf den Start der Baumaßnahmen zur Herstellung des neuen Gewässerbettes fest.

- e) Das in den Planunterlagen zur Verwendung ausgewiesene Kies-Schluff-Gemisch würde aufgrund seiner geringen Körnung und seiner Neigung zur Verdichtung kaum Besiedlungsmöglichkeiten für die aquatische Wirbellosenfauna bieten. Die Gewässersohle sollte daher durch zusätzliches Einbringen von Grobkies (20/63) sowie von Steinen (>63 bis ca. 200 mm) abwechslungsreicher gestaltet werden (siehe Steckbrief des entsprechenden Fließgewässertyps 6). Die hierbei entstehenden Hohlräume erlauben dem Makrozoobenthos eine (von zahlreichen Arten bevorzugte) Ansiedlung auf faulschlammfreien Hartsubstrat-Unterseiten.

Der Vorhabenträger sichert eine Umsetzung der vom Landesbetrieb gegebenen Hinweise zur Gestaltung der Gewässersohle in der Ausführungsphase um:

Demnach werden zur Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit für Fische/Makrozoobenthos beispielsweise durch den Sediment austausch im Abschnitt südlich der Altdeponie 5 das kontaminierte Sediment großenteils entnommen und anschließend neues, der Fließgewässerzone entsprechendes kiesiges Sohlsubstrat (Körnung 0/16 mit Feinkornanteil zwischen 5 und 10 % - abschnittsweise 10 bis 15 %) sowie klarstellend auch Grobkies (20/63) und Steine (>63 bis ca. 200 mm) in den Fließgewässerabschnitt wieder eingebracht. Durch den Grobkies und die Steine wird die Gewässersohle zusätzlich abwechslungsreicher gestaltet. Die hierbei entstehenden Hohlräume erlauben den Makrozoobenthosarten eine (von zahlreichen Arten bevorzugte) Ansiedlung auf faulschlammfreien Hartsubstrat-Unterseiten.

Die Ausführungen des Vorhabenträgers in seiner Erwiderung vom 27.07.2022 erfüllen die Forderungen des Landesbetriebes. In den präzisierten und festgestellten Planunterlagen ist diese Änderung bereits enthalten. Weiterer Entscheidungsbedarf besteht somit nicht.

Im Erörterungstermin erklärte der für den Bereich Grundwasser zuständige Vertreter des GLD, dass seine Forderungen unter Berücksichtigung der Erwiderungen erfüllt seien.

Damit besteht kein weiterer Entscheidungsbedarf der Planfeststellungsbehörde. Auf die in diesem Bescheid erlassenen Nebenbestimmungen wird außerdem verwiesen.

4. Umwelt- und Naturschutzverbände sowie andere Vereinigungen

4.1. Landesanglerverband

Stellungnahme vom 29.11.2021

Erwiderung vom 27.07.2022, 22.08.2022

Der Landesanglerverband begrüßt die Baumaßnahme, da diese auf eine erhebliche Verbesserung des chemischen Zustandes der Laucha abzielen. Grundsätzlich werde davon ausgegangen, dass allen Prinzipien des Arten- und Naturschutzes und der Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird.

Die Hinweise werden vom Vorhabenträger zur Kenntnis genommen und führt aus:

„Mit dem Vorhaben wird dem Gebot zur Verbesserung des Oberflächenwasserkörpers (OWK) Laucha genüge getan (vgl. Band B12; Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie). Eine Verschlechterung ist ausgeschlossen. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen des Vorhabens haben keine Auswirkungen auf die Qualitätskomponenten des ökologischen Potenzials und des chemischen Zustands des betroffenen OWK. Bauzeitliche Wirkungen durch den Technikeinsatz in Form von Schadstoffeinwirkungen, der bauzeitlichen Grundwasserabsenkung etc. sind sowohl räumlich als auch zeitlich (Bauphase) begrenzt. Die Wirkungen beschränken sich auf die Bauzeit und sind für die einzelnen Qualitätskomponenten unerheblich (vgl. Band B12 Kap. 8.2.1.1 Makrophyten/Phytobenthos). Der Sediment austausch zwischen Bündorf und dem Ausbindepunkt der neuen Lauchatrasse findet außerhalb des Laichzeitraums der meisten Fischarten und des Fortpflanzungszeitraums der Makrozoobenthos-Vertreter statt. Der Verlust von Individuen wird aufgrund des gewählten Bauzeitraums und der hohen Vorbelastung des Sediments als nicht erheblich eingeschätzt. Der unvermeidbare Transport von gelösten Schadstoffen im Zuge der Bauarbeiten wird durch ein baubegleitendes biologisch-ökologisches Monitoring im Zuge der ökologischen Baubegleitung überwacht und gegebenenfalls weitere Vermeidungsmaßnahmen initiiert (vgl. Band B12 Kap. 8.2.1.2 Fische/Makrozoobenthos).

Fazit; Zitat aus Band B12 Kap. 8.2.1.2:

„Aufgrund der zeitlichen und räumlichen Begrenzung der Maßnahme und der ubiquitären Arten, die sich in den neuangelegten Gewässerabschnitt schnell wieder ansiedeln können, sind messbare Verschlechterungen gemäß WRRL der biologischen Qualitätskomponenten Fischfauna und des Makrozoobenthos des betroffenen OWK ausgeschlossen.“

Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Nähr- und Schadstoffeinträgen in Gewässer vorgesehen.

Hierzu zählen die im Kap. 8.1.3 des Bandes B9 (UVP-Bericht) genannten Maßnahmen i. V. m. Band B10 Kap. 9 Maßnahmenblatt V4, wie die effektive Baustellenorganisation, die Errichtung von Baustelleneinrichtungsflächen, die Schonung der Ufervegetation, der Einsatz von Schwebstofffiltern/Sandfängen und die Vermeidung der Ablagerung von Erd- oder Baumaterialien im Gewässerrandstreifen während der Bauzeit sowie bezogen auf den Anlagenbetrieb der Einsatz von Maschinen bei der Gewässerunterhaltung, die den aktuell geltenden Gesetzen, Richtlinien und Normen entsprechen.

Außerdem sind gemäß den Ausführungen im Band B10 (LBP) parallel zur Anlage eines Fließgewässers die Entwicklung und Pflege naturnaher Elemente geplant (s. Maßnahmenblätter z.B. zur Maßnahme A1 etc.). Außerdem ist durch den LHW als Unterhaltungslastträger, unabhängig vom Vorhaben, die Anpassung der Sohle bei Flusskilometer 2+866 geplant. Durch diese begleitende Maßnahme (Sedimententnahme) wird die Durchgängigkeit der Laucha gewährleistet.

Mit dem Vorhaben werden Nähr- und Schadstoffeinträge im Einflussbereich der Hochhalde minimiert.

Eine vom Vorhaben unabhängige, nachhaltig wirksame Minimierung von Nähr- und Schadstoffeinträgen durch die Gesamtbelastung am Standort wird im Zuge durch das in der Bewirtschaftungsplanung festgeschriebene Maßnahmenprogramm Ökologische Großprojekt Buna bzw. Hochhalde Schkopau (Altlastensanierung, Erreichen der Bewirtschaftungsziele) erreicht (vgl. Stellungnahme GLD).“

Nach Kenntnisnahme der Erwiderng sah der Landesverband keine Notwendigkeit am Erörterungstermin teilzunehmen. Die Planfeststellungsbehörde schließt sich der Argumentation des Vorhabenträgers an.

Im Ergebnis der Abwägung besteht kein Entscheidungsbedarf für die Planfeststellungsbehörde.

4.2. NABU Landesverband Sachsen-Anhalt

Stellungnahme vom 07.12.2021

Erwiderng vom 27.07.2022, 10.08.2022

- a) Der Landesverband fordert die Beachtung der natürlichen Referenzzustände des Gewässertyps „feinmaterialreiche, karbonatische Mittelgebirgsbäche“, weshalb ein geschlängelter, mäandrierender Gewässerlauf mit Prall- und Gleithängen sowie Steilabbrüchen angestrebt werden sollte.

Sohl- und Böschungsbefestigungen aus Wasserbausteinen oder anderen nicht standortgerechten bzw. künstlichen Materialien sei grundsätzlich abzulehnen. Auch ein Gewässerverbau aus natürlichen Materialien und durch Pflanzungen solle nur wenn unbedingt nötig und punktuell Anwendung finden.

Für die Erreichung einer naturnahen Habitatausstattung sei ein diverses Strömungsbild anzustreben. Hierfür sei die Ausbildung von tieferen Kolken, beruhigten Grabentaschen und Aufweitungen zu initiieren. Die strömungsberuhigten Bereiche seien als Laichplätze für Amphibien wie den Grasfrosch von besonderer Bedeutung.

Um zumindest in Teilen eine natürliche Fließgewässerdynamik zu ermöglichen, sei beidseitig ein ungenutzter Gewässerrandstreifen mit einer Mindestbreite von 10 Meter je Gewässerseite auszuweisen und einzurichten. Eine Gewässerunterhaltung solle nur erfolgen, wenn dies auch erforderlich sei. Diese solle zum Schutz der Flora und Fauna nur einseitig und nach der Brutzeit (ab Mitte September) erfolgen.

Der Vorhabenträger führt in seiner Erwiderung dazu dezidiert aus, dass die Anforderungen des benannten Fließgewässertyps 6 weitestgehend und zweckmäßig am Standort umgesetzt werden. Dazu wird auf Kapitel 8.1.3.1. in Band 10, S. 61, Abs. 1 und 2 sowie S. 62, letzter Absatz der Planunterlagen verwiesen. Danach sehe das Vorhaben eine Vielzahl von aufeinander abgestimmten Maßnahmen zur - auch eigendynamischen - Entwicklung des Gewässers vor.

Im Ergebnis dieser Planungen wird sich nach Umsetzung der Maßnahmen ein ökologisch durchgängiges Fließgewässer mit dauerhafter Wasserführung, Struktureichtum, Artenvielfalt und durch den vermittelten Eindruck von Naturnähe auch ein landschaftsästhetisch wertvoller Raum etablieren. Obwohl aufgrund des Baugrundes (Buntsandstein) und räumlicher Zwangspunkte der Eigendynamik enge Grenzen gesetzt sind, wird doch gegenüber den derzeitigen Verhältnissen eine erhebliche Verbesserung des Zustandes erreicht werden. Hier schließt sich die Planfeststellungsbehörde dem Vortrag des Vorhabenträgers vollumfänglich an und verweist gleichfalls auf die Grünberme mit gewissem Entwicklungspotential sowie auf die naturschutzfachliche Begründung der Gewässergestaltung in Band 10 der Planunterlagen (Landschaftspflegerischer Begleitplan).

- b) Speziell sei das nachgewiesene Vorkommen der Helm-Azurjungfer (*Coenagrion mercuriale*) bei der Planung zu berücksichtigen. Hierfür sei von einer dichten Bepflanzung mit Gehölzen entlang des Gewässerlaufes abzusehen. Standortgerechte Gehölze (bspw. Schwarzerle, Weide) mit Herkunftsnachweis seien allenfalls punktuell und auf der Nordseite zu pflanzen. Auf Ansaaten solle nach Möglichkeit verzichtet werden. Im Falle einer erforderlichen Ansaat sei auf ein Artenspektrum entsprechend dem Standort und des Fließgewässertyps zu achten. Zum Schutz der Helm-Azurjungfer und weiterer vorkommender und potenziell vorkommender gefährdeter Fließgewässerarten solle eine ökologische Baubegleitung durchgeführt und nachfolgend zur Evaluierung der Maßnahmen ein spezielles Monitoring eingerichtet werden.

Das Monitoring solle mindestens bis drei Jahre nach Bauausführung durchgeführt werden und somit auch Daten für eine Erfolgskontrolle liefern. Die Daten und Ergebnisse seien dem NABU Sachsen-Anhalt zugänglich zu machen.

Der Vorhabenträger verweist in seiner Erwiderung darauf, dass eine ökologische Baubegleitung bereits vorgesehen sei (vgl. Band 1, Kap. 6.3.1, S. 89 (V6, V7) und Band 10). Der Hinweis zum Schutz der Helm-Azurjungfer und weiterer vorkommender [...] gefährdeter Fließgewässerarten sei nicht nachvollziehbar, da im Rahmen der Erfassungen keine dieser Arten nachgewiesen wurden. Ein biologisch-ökologisches Monitoring sei geplant (vgl. Band 9, Kap. 9.3, S. 212/213). An drei Probestellen (Bündorf, nördlich von Annemariental, Mündung in die Saale) werden die Parameter Makrophyten-Phytobenthos, Makrozoobenthos und Fische erfasst. Hierzu folgendes Zitat aus dem Band 9, Kap. 9.3: "Die Probenahme und die Untersuchung erfolgt in Anlehnung an die Vorgaben des LHW/GLD in Sachsen-Anhalt. Das biologisch-ökologische Monitoring findet über einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren statt. In diesem Zeitraum werden die o. g. Parameter mindestens zweimal pro Bewirtschaftungszeitraum untersucht. Danach ist der Turnus, in Abhängigkeit der Ergebnisse, für MP-PB, MZB und Fische neu zu bestimmen/anzupassen. Die Probenahme für MP-PB wird einmal pro Jahr zwischen Mitte Juni und Mitte September und für das MZB einmal im Jahr zwischen März und August durchgeführt.

Für die Bestandserfassung der Fische ist eine Aufnahme im Zeitraum ein Jahr bis maximal zwei Jahre vor dem Eingriff und alle drei Jahre nach dem Eingriff; jeweils im Zeitraum September - Oktober ausreichend. Danach ist in Abhängigkeit der Ergebnisse der v. g. Turnus neu zu bestimmen/anzupassen. Eine Berichterstattung mit Auswertung der erfassten Daten erfolgt alle sechs Jahre".

Mit dem Monitoring werden Daten für eine Erfolgskontrolle geliefert. Über die Erfassung des Makrozoobenthos ist die Artengruppe Libellen abgedeckt.

In Auswertung der Erwiderung des Vorhabenträgers stellt die Planfeststellungsbehörde fest, dass bereits ein engmaschiges und ausreichendes Monitoring seitens des Vorhabenträgers in den Planunterlagen verankert ist, welches im Übrigen den geltenden gesetzlichen Regelungen entspricht. Auch die Erfassung der Artengruppe Libellen ist über das geplante Monitoring abgedeckt. An dieser Stelle sei der Hinweis gestattet, dass ein Nachweis der in Rede stehenden Helm-Azurjungfer ausweislich der Planunterlagen nicht erfasst werden konnte.

Im Ergebnis dieser Betrachtungen schließt sich die Planfeststellungsbehörde der Auffassung des Vorhabenträgers an: Die Helm-Azurjungfer und andere potenzielle gefährdete Arten werden mit dem planfestgestellten Monitoring ausreichend erfasst.

- c) Die Pflanzung von standorttypischen Gehölzen sollte insbesondere für die Schaffung von Landschaftselementen an beispielsweise Zuwegungen in Betracht gezogen werden.